

Signatur: 2025.SR.0049
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Lea Bill, Ronja Rennenkampff (JA)
Mitunterzeichnende: Anna Jegher, Katharina Gallizzi, Sarah Rubin, Franziska Geiser, Seraphine Iseli, Mirjam Läderach, Mirjam Arn, Anna Leissing, Esther Meier, Jelena Filipovic
Einreichtdatum: 27. Februar 2025

Interpellation: RecyBag – Ökobilanz der Plastiksammlung, Kosten für die Stadt Bern und Verein-barkeit mit städtischen Zielen?

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie sieht die Ökobilanz von RecyBag aus?
2. Was heisst "im nahen Ausland"? Wo genau wird der Abfall getrennt?
3. Wie hoch ist der Anteil des tatsächlich recycelten Plastiks bei RecyBag?
4. Wie hoch ist die von RecyPac an die Stadt Bern gezahlte Konzessionsgebühr? (pauschal oder jährlich)
5. Wie hoch die von RecyPac an die Stadt Bern gezahlte Entschädigung dafür, dass die Recy-Bags an den städtischen Entsorgungshöfen retourniert werden können?
6. Wie hoch schätzt RecyPac die jährlichen Einnahmen durch die in der Stadt Bern verkauften RecyBags? Werden diesbezüglich Zahlen erhoben, die für die Stadt Bern zugänglich sind?
7. RecyPac schreibt, die Kosten von Plastikrecycling sollen nach dem Verursacherprinzip gezahlt werden und meint damit die Endkonsument*innen. Wie will der Gemeinderat die richtigen Verursachenden, die Produzentinnen wie Nestlé etc., in die Pflicht nehmen?
8. Wie geht der Gemeinderat mit dem Konflikt zwischen der städtischen Nachhaltigkeitspolitik und dem Greenwashing der Grosskonzerne um?

Begründung

Seit 16. Januar 2025 ist es in der Stadt Bern möglich, Plastikabfall separat zu sammeln und zu entsorgen. Die Sammlung erfolgt mit dem System RecyBag, bei dem die Plastiksammelsäcke in bestimmten Filialen verschiedener Detailhändler gekauft und die vollen Säcke im Detailhandel oder bei den städtischen Entsorgungshöfen retourniert werden können. Obwohl Recycling grundsätzlich eine gute Sache ist, stellt sich die Frage, ob die neue Plastiksammlung nicht den Zielen der Stadt Bern zuwiderläuft, Plastikverpackungen zu reduzieren und die eigene Ökobilanz zu verbessern: Initiiert wurde RecyPac von einem Zusammenschluss aus Interessenverbänden, Firmen und Detailhändler, u.a. vom Verband der Schweizer Kunststoffindustrie, Nestlé, Unilever, Coop und Migros. Also genau denjenigen, die es in der Hand hätten, die Menge der Plastikverpackungen zu reduzieren. Sollten die Stadt Bern also nicht eher die Zusammenarbeit mit ihnen zwecks dieser Reduktion suchen statt mit ihnen ein neues Recyclingsystem aufzubauen? Die Einführung einer Plastiksammlung ist zudem keine neue Idee. Bereits bei früheren Versuchen wurde die Ökobilanz kritisiert. Auch bei RecyPac erfolgt die Trennung «im nahen Ausland», der Anteil des tatsächlich recycelten Plastiks ist nicht bekannt.

Antwort des Gemeinderats

Die Kunststoffsammlung mit RecyPac läuft in der Stadt Bern und anderen Gemeinden der Schweiz erst seit wenigen Monaten, entsprechend ist eine detaillierte Auswertung der Mengen und

Recyclingquoten noch nicht vorhanden. Manche Fragen müssen daher anhand von Erfahrungswerten aus anderen Sammlungen beantwortet werden. Vor diesem Hintergrund beantwortet der Gemeinderat die einzelnen Fragen der Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1:

Derzeit stehen noch keine verlässlichen Daten zur Sammelmenge und zur Verwertung des Sammelguts zur Verfügung. Daher stützt sich die Antwort auf die Frage nach der Ökobilanz auf allgemein zugängliche Studien zur Kunststoff- und Getränkekartonsammlung. Die neusten Studien stammen von der ETH und der Carbotech. Sie zeigen folgende Resultate:

- Gemäss einer aktuellen ETH-Studie¹ verursacht 1 kg Kunststoff über den gesamten Lebenszyklus 4,9 kg CO₂-Äquivalente (CO_{2eq}). Durch das Recycling und die damit verbundene Einsparung von Neumaterial kann die Emission auf 1,5 kg CO_{2eq} gesenkt werden.
- Beim Getränkekarton-Recycling² können im Vergleich zur Verbrennung 40% Umweltauswirkungen eingespart werden.

Zu Frage 2:

Das Sammelgut geht aktuell zu Recycling-Firmen, welche an der österreich-schweizerischen (Lustenau, AT) oder deutsch-schweizerischen Grenze (Rheinfelden, DE) liegen. Seit kurzem gibt es eine Sortieranlage für gemischte Kunststoffe in Grandson (Kanton Waadt). Derzeit wird geprüft, wie diese künftig möglichst sinnvoll eingebunden werden kann.

Zu Frage 3:

Aktuell können knapp 55 Prozent des Sammelguts stofflich verwertet werden. Diese Zahl stammt von den beiden Sortierwerken Vogt und Loacker.

Zu Frage 4:

Die Stadt erhält von RecyPac eine Konzessionsgebühr in der Höhe von Fr. 15.00 pro Tonne stadtweit gesammelten Kunststoff (exkl. MWST). Die Konzessionsgebühr ist auch für die Menge geschuldet, die im Detailhandel in der Stadt Bern gesammelt wird. Die Höhe der Konzessionsgebühr wurde im Schweizerischen Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI) diskutiert und für angemessen empfunden. Die Konzessionsgebühr ist nur solange geschuldet, wie die Kunststoffe als Siedlungsabfall gelten und somit dem Entsorgungsmonopol der Gemeinden unterstehen. Derzeit laufen Bestrebungen, die Kunststoffe aus dem Monopol zu entlassen. Ist dies der Fall, können die Sammelorganisationen die Kunststoffe ohne Genehmigung der Gemeinden und ohne entsprechende Konzession sammeln (siehe dazu auch Antwort zu Frage 6).

Zu Frage 5:

Für die Sammlung der RecyBags in den städtischen Entsorgungshöfen erhält die Stadt eine Entschädigung in der Höhe von Fr. 170.00 pro Tonne gesammelten Kunststoff (exkl. MWST). Die Entschädigung bezieht sich nur auf die Menge, die in den Entsorgungshöfen abgegeben wird.

Zu Frage 6:

Gemäss Konzessionsvertrag muss RecyPac der Stadt Bern verschiedene Daten zur Verfügung stellen, darunter auch die Menge verkaufter Säcke pro Quartal. Die Verkaufspreise der RecyBags sind öffentlich einsehbar. Basierend darauf kann die Stadt Bern die Einnahmen von RecyPac berechnen. Aufgrund von Vorstössen auf nationaler Ebene (u.a. Motion 20.3695 «Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik rezyklieren») ist zu erwarten, dass sich die

¹ <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2023/03/eine-absolut-nachhaltige-kunststoffwirtschaft-ist-moeglich.html>

² https://www.getraenkekarton.ch/_files/ugd/02965d_4f5e5a04045d476cbc8682131b78d2ce.pdf

Rahmenbedingungen für die Kunststoffsammlung in naher Zukunft verändern werden. Deshalb sind zum aktuellen Zeitpunkt keine seriösen Prognosen über die erwarteten Sammelmengen und Einnahmen möglich.

Zu Frage 7:

Die Finanzierung von RecyPac erfolgt nicht ausschliesslich über Sackverkäufe. Die Mitglieder bezahlen abhängig von ihrer Grösse einen Mitgliederbeitrag. Sie tragen also auch einen Verursacherbeitrag an RecyPac bei. Mit der Umsetzung der Motion 20.2695 «Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik rezyklieren» will der Bund eine subsidiäre Rücknahmepflicht für die Inverkehrbringer der Kunststoffe einführen. Es wird also voraussichtlich eine Pflicht zur Sammlung von Kunststoffen eingeführt werden. Weiter weist der Gemeinderat darauf hin, dass die Europäische Union am 11. Februar 2025 ihre neue Verpackungsverordnung (PPWR)³ in Kraft gesetzt hat, die u.a. Vorgaben zur Recyclingfähigkeit von Verpackungen (Design for Recycling), zum Mindestrezyklatanteil in Kunststoffverpackungen und zur Reduktion und Minimierung von Verpackungen enthält. Schweizer Unternehmen, die in die EU exportieren, müssen diese einhalten. Die europäische Verpackungsverordnung ist Vorbild für die geplante nationale Verpackungsverordnung. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit diesen neuen gesetzlichen Vorgaben ausreichende Grundlagen geschaffen werden, um Kunststoffverpackungen zu reduzieren und das Design for Recycling von Kunststoffverpackungen zu verbessern.

Zu Frage 8:

Aus Sicht des Gemeinderats stellt sich die Frage nach einem allfälligen Konflikt zwischen städtischer Nachhaltigkeitspolitik und Greenwashing der Grosskonzerne bei der Einführung der Kunststoffsammlung nicht. Die Kunststoffsammlung trägt insgesamt zur Verbesserung und Optimierung der Stoffkreisläufe bei und ist eine der Massnahmen zur Verbesserung der Abfalltrennung, die in der städtischen Energie- und Klimastrategie festgehalten sind. Sie leistet somit einen Beitrag an die Erreichung der Ziele der städtischen Energie- und Klimastrategie.

Bern, 11. Juni 2025

Der Gemeinderat

³ https://www.verpackungsgesetz.com/themen/die-neue-europaeische-verpackungsverordnung-eu-verpackv-2025/#artikel_eu-verpackv_minimierung